



Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon (0211) 884 – 4441
Telefax (0211) 884 – 3636

Mail ralf.witzel@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 5. Januar 2021

PRESSEINFORMATION

Massive finanzielle Entlastung bei Essener Migrationskosten: Witzel weist Kritik von Kufen als unbegründet zurück

Der Essener FDP-Landtagsabgeordnete Ralf Witzel hält die neue Einigung von Land und Kommunalverbänden bei der Flüchtlingsfinanzierung für eine ganz maßgebliche Entlastung, die insbesondere Ruhrgebietsstädten mit hohen Migrationsbelastungen zugute kommt. Großstädte wie Essen erhalten zukünftig eine jährliche Pauschale pro Asylantragsteller von 13.500 Euro, was einem Zuwachs im Vergleich zum aktuellen Status von 3.100 Euro (+30%) entspricht. Kleinere und mittlere Kommunen bekommen aber weiterhin nur 10.500 Euro.

Vor dem Hintergrund dieser dauerhaften strukturellen Verbesserung fehlt Witzel das Verständnis für die von Oberbürgermeister Kufen geäußerte Kritik: „Zukünftig werden die gutachterlichen Vorschläge zu den Ist-Kosten der Unterbringung vom Land 1:1 umgesetzt. Außerdem wird das Land mit der Einmalpauschale für künftige Geduldete und den Zahlungen für Bestandsgeduldete in den kommenden Jahren seine Beteiligung an der Finanzierung der Kosten für Geduldete noch erheblich ausweiten. Die neue Einmalpauschale entspricht einer Übernahme der Kosten für etwa 14 Monate statt wie bisher nur für drei Monate. Ich hätte bei diesem enormen Zuwachs bei der Kostenübernahme mehr Dankbarkeit und weniger Mäkelei erwartet. Besonders unverständlich ist die Kritik an der nicht 100%-igen Kostenerstattung aber angesichts der gerade erst von der schwarz-grünen Ratsmehrheit neu vereinbarten Politik einer Aufnahme neuer Flüchtlinge über die gesetzlichen Vorgaben hinaus, die die CDU bislang auch in Essen gemeinsam mit der FDP abgelehnt hat.“

Ein kommunaler Eigenanteil an den Flüchtlingskosten ist daher nach Auffassung der FDP nicht nur eine Frage fairer Lastenteilung aller Ebenen, sondern gleichermaßen unverzichtbar, damit die Stadt Essen ihren eigenen Beitrag leistet, alle notwendigen Abschiebungen nach rechtsstaatlichen Grundsätzen auch konsequent zu vollziehen.